



Rotdorn

Jetzt:

unabhängige Zeitung

Nummer 38

März/April 1982

In eigener Sache

Nach einem ordentlich gefaßten Beschluß des Juso-Vorstandes von 17. 2. 1982 ist der Rotdorn ab sofort eine unabhängige Zeitung. Darüberhinaus traten der überwiegende Teil des Juso-Vorstandes und der Rotdorn-Redaktion Anfang März aus der SPD aus. Der Rotdorn wird weiterhin wie bisher für soziale Sicherung, Umweltschutz, Friedenssicherung und Stadterhaltung arbeiten. Er wird sich dabei jedoch anderen politischen Strömungen stärker als bisher öffnen - nicht, um dem Gruppenegoismus seine Spalten zu öffnen, sondern um noch besser und vielseitiger zu werden. Möglicherweise erhält er einen neuen Namen, um den Neuanfang zu verdeutlichen.

Das Hauptproblem stellt für den unabhängigen Rotdorn - mehr noch als bisher - das liebe Geld dar. Denn: Die SPD, die niemals das regelmäßige Erscheinen des Rotdorn förderte, ließ sofort nach den Parteiaustritten das Förderkreiskonto sperren (ohne die weiterhin beim Rotdorn arbeitenden Jusos zu fragen). Diese Ausgabe kam nochmal durch spontane Spenden zustande. Der unabhängige Rotdorn-Förderkreis fängt also beim Punkt Null an. Wer den unabhängigen Rotdorn fördern will, schickt uns bitte sofort die Einzugsermächtigung (letzte Seite) zu.

Euer



IN LETZTER ZEIT HÄUFIGER ANZUTREFFENBE VORGÄNGE IN DER SPD LASSEN DARAUF SCHLIESSEN, DASS DAS ABSCHNEIDEN DES LINKEN OHRES BEI-VINGENT VAN GOGH-EINE BEWUSST-SOZIALDEMOKRATISCHE HANDLUNG WAR. IN VIELEN ORTSVEREINEN SOLL ES BEREITS ZU SCHWEREN SELBSTVERSTÜMMELUNGEN GEKOMMEN SEIN.

Es kommt noch dicker

Wer stopft das 14-Millionen-Loch?

Wer geglaubt hat, die Fahrpreis- und andere Gebührenerhöhungen zum 1.1.1982 hätten die Grenze dessen erreicht, was Rat und Verwaltung den Bürgern zumuten, der hat sich getäuscht. Die Krise fordert ihre Opfer. Und die "Verantwortlichen" suchen sie bei den Schwächsten der Gesellschaft.

Während für den "Hochsee-Yacht-Club Germania" des regen CDU-Ratsherrn Gunther Marten immer noch mal ein paar Mark abfallen (er kassierte kürzlich erst 150.000,-DM Zuschüsse von der Stadt), droht in weniger wählerstimmträchtigen Bereichen der Rotstift. Nach dem Willen der Verwaltung soll das Frauenhaus auf 25.000 DM verzichten. Den Alten will man durch eine 10%ige Erhöhung in den Altenheimen erneut in die Tasche greifen. In den Altenheimen Birkenhof und Carl-Hinrichs-Stift solls demnächst weniger Butter und Wurst auf dem Brot geben.

Doch nicht nur den Alten, auch den Kindern gehts ans Leder: 10%ige Erhöhung bei den Kindertagesstätten. Auch die Bildung scheint nicht hoch im Kurs zu stehen. Den Schulen möchte man 20% bei den Lehr- und Unterrichtsmitteln wegnehmen, das Essensgeld an der IGS soll nun doch erhöht werden.

VHS-Besucher müssen nach den Vostellungen der Verwaltung gleich ein ganzes Drittel mehr blechen, und ein besonderes Bonbon bietet man für die Stadtbücherei

Fortsetzung auf S. 2 links unten



NACHRICHTEN

links

von der SPD gibt es jetzt auch in Wilhelms haben eine politische Gruppe. Der Name: "Demokratische Sozialisten Wilhelmshaven". Die Gruppe besteht zum überwiegenden Teil aus ehemaligen Sozialdemokraten die die Politik der sozialen Demontage, der Umweltzerstörung und der mangelnden Friedenssicherung nicht mehr mitmachen wollten. Die Demokratischen Sozialisten streben nach eigener Auskunft ein gutes Verhältnis zu den Gewerkschaften den Grünen und Alternativen sowie den Organisationen der Friedensbewegung an. Sie wollen einen eigenen Weg gehen, weil sie meinen, durch ihren Kampf gegen den Abbau der sozialen Sicherungen besser als andere die Arbeitnehmer ansprechen zu können. Die Gruppe hält jedoch die Zusammenarbeit mit den erwähnten Organisationen und Teilen der SPD für notwendig. Wer an der inhaltlichen Mitarbeit interessiert ist, wende sich bitte an Hajo Stolze, Holtermannstr. 52, Tel. 32 777 oder an Wolfgang Kuschel, Kettenstr. 36, Tel.: 201 201. Die Demokratischen Sozialisten werden sich nach Ostern verstärkt an die Öffentlichkeit wenden.



Fortsetzung von S. 1
Es kommt...

an: Eine Lesekarte für 10,-DM. CDU-Anhänger dürfen jubeln: Das Pumpwerk soll 60.000 DM (!) hergeben. Bei den Besuchern aus der DDR ist man bescheidener: Ihr Taschengeld soll nur von 80,- auf 60,- Mark herabgesetzt werden.

Der Gürtel wird enger. Doch nicht bei denen, die die dicksten Bäuche haben. Soziale oder gar sozialdemokratische Grundsätze bleiben auf der Strecke.

Bemerkenswert auch das Verfahren: Offensichtlich, um Widerständen aus dem Weg zu gehen, nutzt die Verwaltung die Osterpause. Die Sparmaßnahmen sollen unmittelbar nach Ostern beschlossen werden, wenn so manches Ratsmitglied noch auf Familienbesuch oder Kurzaufenthalt weilt. Der Oberstadtdirektor hat sich sogar eine 40%ige "Ausgabensperre" genehmigt. Das heißt er kann bei einzelnen Haushaltsposten Ausgaben bis zu 40% nach eigenem Gutdünken sperren, sofern er nicht durch Tarifverträge u.ä. gebunden ist. Doch bei Sozialdemokraten, Grünen und FDP regt sich bereits der Widerstand gegen dieses Vorgehen.

Einen besonderen Beitrag zur Spardebatte leisten CDU-Oberbürgermeister Hans Janßen und SPD-Oberstadtdirektor Dr. Gerhard Eickmeier. Sie fahren mit Begleitung Mitte Juni auf Kosten der Stadt zur 300-Jahr-Feier nach Norfolk (USA). Kostenpunkt: Nach vorsichtigen Schätzungen an die 10.000 Mark.

Friedensbewegung

Aus Anlaß des Bundesparteitages der SPD in München soll am 14.4.82 eine Friedensdemonstration stattfinden. Als Organisatoren treten die Bundesvorstände der Jungsozialisten, der Falken und des Jugendwerkes der Arbeiterwohlfahrt auf. Die Organisatoren achten bei der Auswahl der Redner darauf, daß sie den Sozialdemokraten nahestehen. Die Vereinigten Münchner Friedensinitiativen rufen mit eigenem Aufruf zu einer Auftaktkundgebung am 17.4.82 auf. Der Aufruf wird u.a. unterstützt von den Grünen, der Ev. Studentengemeinde, "Ohne Rüstung leben", dem Liberalen Hochschulverband (alle bundesweit), so wie den Berliner Falken, dem Friedensforschungsinstitut Mechttersheimer, dem Jugendzeitungsverband Köln u. a. Diese Initiatoren wollen sich nach ihrer Auftaktkundgebung der Veranstaltung der Jungsozialdemokraten anschließen.

Parteiraison

Mitglieder der SPD sollen aus der Partei ausgeschlossen werden, wenn sie an der geplanten Demonstration gegen US-Präsident Reagan teilnehmen. Dieser Forderung des Bundeskanzlers schließt sich die SPD-Führung an. Ein weitergehender Vorschlag von Kanzleramtschef Lahnstein scheiterte am Widerstand der Parteioberen. Er wollte am 10.6.82 von der SPD eine Pro-Reagan-Demonstration organisieren lassen.

Wunder

gibt es immer wieder. Noch im November 1980 bildeten für die Shell die bei einer Kohlevergasungsanlage anfallenden Unmengen giftiger Flugasche das Hauptproblem. So erläutert bei dem seinerzeitigen Besuch Wilhelmshavener Fachleute in Hamburg. Jetzt jedoch fällt Shell-Sprecher Dr. Miesbach zufolge überhaupt keine Flugasche mehr an. Und in der anfallenden Schlacke gibt es angeblich keinerlei Schadstoffe mehr. Warum, das konnte Dr. Miesbach Wilhelmshavener Ratsmitgliedern nicht erläutern. Dr. Fischer von der KTI, einer Spezialfirma für Genehmigungsverfahren, nannte dies eine "Verfeinerung der Begriffe". Der Chef dieser für Shell arbeitenden Genehmigungsfirma, Dr. Balthasar, ist übrigens ein alter Bekannter. Er wirkte seinerzeit bei der ICI-Ansiedlung als Projektmanager mit.

Mehr

als unbedingt nötig werden im Stadtgebiet gesunde und kranke Bäume beschnitten und gefällt. Der Grund: Städtische Bäume lassen sich das anfallende Holz von privaten Kaminbesitzern versilbern. Selbst in die Kamine von städtischen Dezerenten soll gelentlich Straßenbaumholz wandern. Dazu Dr. Herold von den Grünen: Da hält man natürlich schon mal leicht einen Baum für kränker als er ist, wenn man in ihm 500,-DM sieht.

Insgesamt mehr Schutz für Wilhelmshavens Bäume verlangen einige grüne und sozialdemokratische Ratsmitglieder. Die Verwaltungsspitze stellt sich in dieser Angelegenheit jedoch stur.



IGS - kaputt

Ein Modell geht vor die Hunde

"Vor langer, langer Zeit fingen Wilhelmshavens Sozialdemokraten einen dicken Fisch: Beschluß und Genehmigung einer IGS um ein größeres Stück Chancenverbesserung für jährlich 270 Kinder in unserer Stadt zu verwirklichen. Doch als sie den Fisch in den Hafen bringen wollten, kamen nachts regelmäßig die Haie und versuchten, sich ein Stück nach dem anderen aus dem Brocken zu reißen.

Auf Kosten der Gesamtschule sind die negativen Erfahrungen mit dem sogenannten "Wilhelmshavener Modell" des Stadtbaurats Protzengeier gemacht worden (Planung und Herstellung des Gebäudes in einer Hand): Terminüberschreitungen, Billigstbauweise, Pfusch am Bau waren die Folgen. ... Unter dem Fehlbau der IGS werden Schüler und Lehrer noch lange leiden." So stand es vor genau drei Jahren im Rotdorn Nr. 8, dessen Vertrieb daraufhin vom SPD-Vorstand verboten wurde.

Schüler und Lehrer leiden auch heute noch. Die Schülerklos stinken nach wie vor unerträglich, auf dem Damen-Lehrer Klo wurde sogar eine "neue" Fliegenart gesichtet. Weil in Schulstraße und Treppenaufgängen die Decke runterkam, mußte sie in Teilen abgenommen werden. Die Löcher bieten seit Monaten schon reizvolle Einblicke in das Innenleben der Schule. Türen schließen plötzlich nicht mehr und Gipsplattenwände reißen, weil sich das Gebäude ständig verzieht. Unerträglich auch die Verhältnisse in der mit einer Art Kälberkoben vollgestopften Lehrerarbeitszone: Krankheitsfördernde Trockenluft und Temperaturschwankungen zwischen 16 und 26 °C. Der Gipfel: In Schulstraße und Mensabereich wurden Ratten gesichtet. Kürzlich wurde sogar ein Schüler von einer der Ratten gebissen, die sich im Zwischenraum über den abgehängten Decken tummeln.

Die Ursachen der Misere liegen neben dem zitierten "Wilhelmshavener Modell" (die Stadt klagt übrigens gegen die Firma "Hoch-Tief" - mit teilweise Erfolg) auch in den damaligen Baurichtlinien, die sich an dem Motto "viel Raum für wenig Geld" orientierten. Nicht zuletzt aber auch in der Haltung der Stadt. Man brauchte Anfang der 70er Jahre neuen Schulraum. Und weil man zudem noch modern und fortschrittlich sein wollte, baute man eine IGS - ohne die finanziellen und organisatorischen Folgeprobleme einer Ganztagschule zu bedenken. So wird die Arbeit des in einer Ganztagschule existenziell notwendigen Mittagsfreizeitbereichs durch kleinliche Verfahrenspraktiken der Stadt nahezu boykottiert. Ohne die Mithilfe der Eltern wäre er schon zusammengebrochen.

Denn: Bildungspolitik ist kein "Thema". Die Pädagogik fällt dem Rotstift zum Opfer. Und die Mühlen der Verwaltung mahlen langsam. Sechs Jahre wartete die Schule auf erste Maßnahmen zur Lüftungsverbesserung in den Toiletten, seit fast einem Jahr warten Schüler und Lehrer auf die Reparatur der einsturzgefährdeten Lamellendecke in der Schulstraße, sieben Wochen lang zerschnitt eine defekte Brandschutztür die Schule in zwei Teile. Briefe der Schulleitung an die Stadt blieben z.T. über ein Jahr unbeantwortet. Mit Erleichterung nahmen deshalb Schulleitung und Kollegium der IGS einen mühsam erkämpften Sanierungsplan auf, der die schlimmsten Bauschäden beseitigen soll. Er läuft schleppend an.

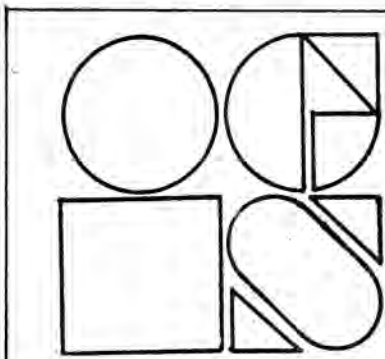


Die Folgen der baulichen Unzulänglichkeiten: Ein rapider Ansehensverfall der IGS. Die Anmeldeziffern sinken ständig (und nicht nur wegen geburtschwacher Jahrgänge), Bewerbungsschreiben von IGS-Schülern werden ohne Begründung von Betrieben ablehnend beantwortet - nur: auf den zurückgeschickten Bewerbungsschreiben ist das Wort "IGS" eingerahmt oder

unterstrichen! Allgemeine Vorurteile gegenüber Gesamtschulen - wissenschaftlich hinlänglich widerlegt - erhalten durch das äußere Erscheinungsbild ständig neue Nahrung. Mit Ausnahme des SPD Ratsherrn Hans Hartmann hat sich in letzter Zeit niemand in Rat und Verwaltung für die gebeutelte Schule stark gemacht. IGS-Wilhelmshaven - eine Reformruine.

Doch auch aus Bezirk und Land weht Schilern, Lehrern und Eltern der Wind ins Gesicht. Hatte CDU-Kultusminister W. Remmers der IGS zunächst eine gymnasiale Oberstufe mit gesamtschulfremden Zielen aufgesetzt, hatte man die besonders schwachen Schülern zugutekommende "flexible Differenzierung" (also keine feste Einteilung der Schüler einer Klasse in "gute", "Mittlere" und "Schlechte") beseitigt, so rückt man nun dem Demokratie-Modell der Schule zu Leibe. Die Lehrer dürfen sich ihre Funktionsträger (Schul-, Jahrgangs- und Fachleiter z.B.) nicht mehr selbst wählen. Der Pillenklick sorgt überall für Schulauflösungen und -verkleinerungen. Rund 200 niedersächsische Lehrer (ehemalige Direktoren u.s.w.) werden deshalb derzeit überbezahlt. Und da die demokratisch besetzten Funktionsstellen an Gesamtschulen nach einiger Zeit wieder frei werden, werden sie dorthin versetzt, obwohl sie oft mit der IGS nichts am Hut haben - Zerstörung der Gesamtschulen also auch von innen. Die Aushöhlung der Gesamtschulen wird auf Länder- und Bundesebene faktisch von allen Parteien betrieben. Denn: Niemand wagt es, die reformerischen Ziele der Gesamtschulen auch in politisch rauheren Zeiten zu propagieren.

"Die Nelke braucht Wasser", hieß es im Rotdorn vor drei Jahren. Das gilt heute mehr denn je. Was der IGS fehlt, sind Landes- und Bezirksbehörden, die nicht in bewußter Ignorierung gesamtschulspezifischer Ziele alle Schüler (gleich welcher Schularart) über einen Leisten schlagen. Der IGS fehlt eine Kommunalverwaltung, die die Schule am Sportforum endlich als Ganztagschule akzeptiert und unterstützt, eine Verwaltung, die die Arbeit von Lehrern und Schülern nicht durch endlos lange Verwaltungswege und kleinliche Beanstandungen behindert, sondern sie fördert. Und sie braucht eine Sozialdemokratie, die endlich begreift, was sie vor Jahren in die Welt gesetzt hat. Wenn sich nicht bald mutige Kommunalpolitiker vor die IGS stellen, wird ein ehemals stolzes Stück sozialliberaler Reformen vor die Hunde gehen. Und die, die es einst aus der Taufe gehoben haben, werden schuld daran sein.



Integrierte Gesamtschule Wilhelmshaven



Sozialhilfe

Auf dem Rücken der Frauen und Kinder

Bei der Erstellung des Sparhaushaltes wurde von der Bundesregierung der Rotstift kräftig bei den Sozialhilfeleistungen angesetzt. Richtig, wird so mancher gedacht haben, endlich geht es den Schmarotzern der Gesellschaft an den Kragen.

Diese weitverbreitete Meinung über den Personenkreis der Sozialhilfe empfängt, beruht auf Unkenntnis über die tatsächlich von der Sozialhilfe betroffenen. Es sind zu 71 % sogenannte Einelternefamilien, d. h. Alleinerziehende, meist Frauen mit Kindern. Es sind meist Frauen aus geschiedenen Ehen deren ehemalige Ehemänner kein so hohes Einkommen haben, das sie neben ihrem eigenen Haushalt auch den der ehemaligen Ehefrau und der Kinder unterhalten können. Bisher wurde der Sozialhilfesatz jährlich auf der Grundlage des sogenannten Warenkorb festgesetzt. Es wurden die zum Leben notwendigen Kosten errechnet. Grundlage waren die minimalen Kosten für ein sogenanntes menschenwürdiges Leben. Der Warenkorb hätte eine Steigerung des Sozialhilfesatzes um 31,3% für die Mütter und zwischen 15,1% und 43,2% für die Kinder bedeutet. Unter diesem Kostendruck hat die Bundesregierung entschieden, daß ihr ihr eigenes Wohl näher liegt, als das der Sozialhilfeberechtigten. Zunächst für die Jahre 1982 und 1983 werden alle Sozialhilfesätze nur um 3% angehoben. Dabei wird in Kauf genommen, daß die Grenze des Existenzminimums unterschritten wird. Damit nicht genug. Einmal beim Kür-

zen ging man nach dem alten Brauch vor, der in der Seefahrt in Notsituationen gepflegt wird: Frauen und Kinder zuerst. Bisher erhielten Alleinerziehende mit 2 oder 3 Kindern einen Zuschlag von 30% und mit 4 und mehr Kindern einen Zuschlag von 50% auf den Grundbetrag. Diese Sätze wurden auf 20% bzw. 40% gekürzt.

Dies hat zur Folge, daß bei größeren Einelternefamilien nicht nur eine Verschlechterung des Realeinkommens eintritt, sondern ein Abzug in DM-Beträgen erfolgt. Zuletzt wurde auch noch an den werdenden Müttern gespart. Hier gab es bisher einen Zuschlag von 30% vom Beginn der Schwangerschaft an, um den Mehraufwand an qualitativ besserer Nahrung, Körperpflegemitteln und Kleidung aufzufangen. Dieser Zuschlag wurde auf 20% gesenkt und wird erst vom sechsten Schwangerschaftsmonat an gezahlt. Wer wagt es noch, von einer Kinder- und familienfreundlichen Gesellschaft zu sprechen. Wer erwartet noch, daß Frauen, Kinder und Jugendliche, die unter diesen unzulänglichen wirtschaftlichen Bedingungen leben müssen, sich dieser Gesellschaft zugehörig fühlen und sie aktiv mitgestalten.

NACHRICHTEN

Kommunales Kino

Wenn alles gut geht, gibts ab April in Wilhelmshaven endlich ein akzeptables Filmangebot. Die Verhandlungen zwischen dem Oldenburger Kino-Besitzer Rossmann (Ca sablanca) und dem totkonkurrierten Wilhelmshavener Kino-Betreiber Weber stehen vor dem Abschluß. Danach soll im "Apollo" ein Programmkinos seine Pforten öffnen. 1x pro Woche gibts dann Kommunales Kino. Programmvorschläge werden nach den Vorschlägen des Wilhelmshavener Kulturdezernenten Dr. Meyer-Abich informell zustandekommender Beirat erarbeiten. Das Programm für Mai und Juni erarbeitet noch die VHS.

"Märchenstunde"

sind in den Augen des Wilhelmshavener Oberstadtdirektors Dr. G. Eickmeier die parlamentarischen Fragestunden im Rat der Stadt, wenn ein Ratsherr (hier Delor von der Bürgerschaft) hartnäckigen Gerüchten über Atomkraftwerksplanungen in der Verwaltungsspitze nachgeht. Eickmeier dazu: "Barer Unsinn."

Jahreshauptversammlung

der Wilhelmshavener Jungsozialisten ist am Montag, dem 29. März um 20.00 h im "Goldhelm". Auf der Tagesordnung steht die Neuwahl des Vorstands (die meisten bisherigen Vorstandsmitglieder sind aus der SPD ausgetreten) und die Konzipierung der künftigen Arbeit.



Ostermarsch

Zahllose Friedensgruppen und -initiativen auch des Weser-Ems-Gebietes rufen bundesweit für die kommenden Ostertage zu Ostermärschen auf gegen die drohende atomare "Nach"rüstung in der Bundesrepublik durch Pershing II und Cruise Missiles, für die Beendigung des Wettrüstens in Ost und West. Sie treten ein für ein atomwaffenfreies Europa, in dem Atomwaffen weder hergestellt noch gelagert werden und fordern von der Bundesregierung eigene Initiativen für wirksame Abrüstungsmaßnahmen und zur Fortsetzung der Entspannungspolitik.

Ziele der fünf verschiedenen Ostermärsche im Weser-Ems-Bereich sind Rodenkirchen, Oldenburg, Cloppenburg, Bramsche und Aurich. Die Wilhelmshavener Friedensbewegung hat sich für die Beteiligung am Ostermarsch nach Aurich entschieden. Er findet statt am Ostermontag (12. April). Um 14.30 Uhr beginnt die Großkundgebung in Aurich; es schließt sich ein Friedensfest im Jugendzentrum an.

Die Wilhelmshavener Ostermarschierer können sich entweder an der Fahrradtour beteiligen, die um 8.00 Uhr ab Wilhelmshaven gestartet wird, oder mit dem Bus um 12.30 Uhr ab Bismarckplatz nach Aurich fahren.

Nähere Informationen und Fahrkarten für den Bus (DM 6.-) gibt es an den Infoständen in der Marktstraße am 27.3., 3.4. und 10.4., außerdem ab sofort im Willi-Bleicher-Zentrum im DGB-Haus, Kieler Str. 63.

Zum Ostermarsch nach Aurich haben bisher in der Wilhelmshavener Friedensbewegung aufgerufen: Stadtjugendring, progressiv-redaktion, die Grünen, SDAJ, Friedensinitiative, Jungdemokraten, DKP, DGB-Jugend, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, FDP, DFG-VK, Pumpwerk-Team, Falken.



Rassismus

Bei der Kommunalwahl in Kiel kandidierte eine "Kieler Liste für Ausländerbegrenzung". Sie erzielte auf Anhieb 3,8%. In Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil sogar über 5%.

winkler
TV · HiFi · VIDEO, Tel. 32728
Störtebekerstr. 3

Unglaublich

SPD - Austritte

Anfang März traten rund dreißig linke Sozialdemokraten aus der SPD aus. Der größte Teil von Ihnen hatte jahrelang für die Partei als Vorstandsmitglieder, Parteitagsdelegierte oder Ratsherren gearbeitet. Nahezu alle sind Gewerkschaftsmitglieder, etliche Personalratsmitglieder bzw. sogar Vorsitzende. Hier die Austrittserklärung, die 32 Unterschriften trägt. Weitere Austritte sind gefolgt. Seit September 1981 dürften damit rund 100 Genossen ihrer Partei den Rücken gekehrt haben.

Hier die Erklärung der 32, auf die von der Partei bisher noch nicht inhaltlich eingegangen wurde.

Die Unterzeichner beenden hiermit ihre Mitarbeit in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und erklären ihren sofortigen Austritt aus der Partei.

Viele von uns sind vor Jahren mit der Hoffnung auf mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit in die SPD eingetreten, die sich die Partei des demokratischen Sozialismus nennt. Wir sahen in ihr den Anwalt einer menschenwürdigeren Gesellschaft, einen Garanten für soziale Sicherheit, Frieden, Abrüstung und Umweltschutz.

Doch in der Macht erstarrt, trieb die Partei Schindluder mit den eigenen Zielen. Die Parteipolitik verkam zur Rechtfertigung der Regierungspolitik. Die Hoffnungen vieler, die der Partei Gustav Heinemanns und Willy Brandts, der Partei der äußeren und inneren Reformen nach 1966 ihr Vertrauen geschenkt hatten, wurden enttäuscht.

Schon lange besitzt die SPD kein schlüssiges Gesamtkonzept mehrseitig langem lebt sie von der Hand in den Mund. Man geht nicht mehr voran, man läuft hinterher.

Ohne eine klare Perspektive für die Zukunft ist ihr Weg in die Opposition vorgezeichnet. Doch selbst dort wird sie sich nicht erneuern. Zu sehr sind ihr die derzeitigen Strukturen eingebrannt: Machterhaltungspolitik um jeden Preis. "Sachzwänge werden vorgeschoben, um Phantasielosigkeit zu verdecken. Gleichzeitig klaffen Anspruch und Wirklichkeit immer stärker auseinander.

Dabei wollen und können wir nicht weiter mitmachen, denn: SPD-Politik unglaubwürdig.

- Wer soziale Gerechtigkeit fordert, aber Rentnern das Taschengeld kürzt, ist unglaubwürdig.
- Wer in einem "Beschäftigungspro-

gramm" (das den Namen nicht verdient) Investitionen fordert, die Arbeitsplätze vernichten, ist unglaubwürdig.

- Wer der Großindustrie Geschenke macht, aber Kindergeld, Arbeitsförderungsprogramme und Sozialhilfeleistungen kürzt, ist unglaubwürdig. Er nimmt den Schwächsten und gibt den Starken
- Wer über Steuererhöhungen dem Bürger das Geld aus der Tasche zieht, aber dem Flick-Konzern und anderen Großkonzernen Hunderte Millionen Mark Steuern erläßt, ist unglaubwürdig.
- Wer Meinungsfreiheit für ein hohes Gut hält, aber mit Berufsverboten regiert, ist unglaubwürdig.
- Wer Wirtschaftskriminalität anprangert, aber auf kriminelle Weise Parteispenden von der Wirtschaft bezieht, ist unglaubwürdig.
- Wer sich Bildung für alle auf die Fahnen schreibt, aber Bafög für Arbeiterkinder kürzt, ist unglaubwürdig.
- Wer vorgibt, dem Dialog mit der Jugend zu suchen, aber sich der Auseinandersetzung mit der eigenen Parteijugend verweigert, ist unglaubwürdig.
- Wer Hunger in der Welt stillen will, aber es im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft "aul"ßt, daß Agrarüberschüsse ins Meer gekippt werden, ist unglaubwürdig. gekippt werden, ist unglaubwürdig.
- Wer Abrüstung fordert, aber den Wehretat kräftig erhöht, ist unglaubwürdig.
- Wer ständig von den dringenden Problemen unserer Zeit spricht, aber beharrlich Jahrhundertentscheidungen wie die über den Bau von Atomkraftwerken bzw. die Aufrüstung hinausschiebt, der ist unglaubwürdig.



„Im Vertrauen – unsere Spezialisten für ausweglose Situationen sind schon damit beschäftigt, ein Hintertürchen zu öffnen.“ (Karikatur: Gerboth/Köln. Rundschau)



In der Spd sind die meisten Beschlüsse das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben sind. Wir können und wollen diese Unaufrichtigkeit nicht mehr mittragen. Wir wollen nicht mehr mitverantwortlich sein für eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die Wenigerverdienenden härter trifft als die Reichen.

Wir wollen vor den kommenden Generationen nicht länger mitschuldig werden an Rüstungswahnsinn und Umweltzerstörung.

Wir wollen es nicht länger mittragen, daß Etikettenschwindel mit dem Ehrentitel "Sozialdemokrat" getrieben wird.

Wir wollen nicht, wie in der SPD üblich, alle politischen Fragen x-mal unter taktischen Gesichtspunkten hin- und herwenden und Sachaussagen aus Opportunitätserwägungen bis zur Unkenntlichkeit verstümmeln.

Eine Zeitlang glaubten wir, in Wilhelmshaven eine "andere" SPD vorzufinden als anderswo. Wir sahen Chancen, durch Überzeugungsarbeit und demokratische Mehrheitsfindung sozialdemokratische Politik betreiben zu können. Doch nach den verlorenen Kommunalwahlen zeigte sich entgeltig, daß den Wilhelmshavener SPD-Gewaltigen Machterhaltung und persönlicher Vorteil wichtiger sind als klare auf die Wahlquittung der Bürger.

Die Ereignisse vor und nach der Kommunalwahl haben gezeigt, daß die Unglaubwürdigkeit der SPD auf Bundes- und Landesebene ihre Parallele findet, ja noch übertroffen wird von der Unglaubwürdigkeit der Partei vor Ort, denn:

- Wer behauptet, Politik im Interesse der Arbeitnehmer zu betreiben, aber zur Vernichtung tausender heimischer Arbeitsplätze bei Olympia, Schlafhorst und anderswo kaum mehr als belanglose Floskeln hervorbringt, ist unglaubwürdig.
- Wer stattdessen mit Millionenbeiträgen die Großindustrie mit lächerlich wenigen Arbeitsplätzen subventioniert, verkehrt sozialdemokratische Politik in ihr Gegenteil.
- Wer von Umweltschutz redet, aber unsere Heimat durch die fortgesetzte Ansiedlung von Chemie-Industrieanlagen zerstört, ist unglaubwürdig. Er vernichtet die Umwelt unserer Kinder und vergeht sich an den Rechten künftiger Generationen.
- Wer von "Bürgerbeteiligung" redet, selbst aber - statt die Meinung der Bürger in die Verwaltung hineinzutragen - das Gegenteil tut, ist unglaubwürdig. Die maßgeblichen Mitglieder der SPD-Fraktion vor Ort begnügen sich bewußt damit, als Sprachrohr der SPD-Macher in der Verwaltung zu fungieren.
- Wer Bürgerinitiativen "als wichtiges Element der Demokratie" preist, aber Initiativen wie dem "Verein Frauen helfen Frauen" oder dem "Verein der Türken" aus parteiegoistischen Interessen das Wasser abgräbt, ist unglaubwürdig.
- Wer sich für die Integration der Ausländer ausspricht, aber nicht den Mut findet, für die Einrichtung

eines Kommunikationszentrums für die Wilhelmshavener Türken in Bant bei den Anliegern um Vertrauen zu werben, ist unglaubwürdig. Wer die Einrichtung eines solchen Hauses als "nicht demokratiefähig" bezeichnet, ist selbst nicht "demokratiefähig".

- Wer von den eigenen Mitgliedern charakterlich einwandfreies Verhalten fordert, aber in der Öffentlichkeit durch persönlichen Lebenswandel und arrogantes Verhalten die Partei fortgesetzt in Mißkredit bringt, bzw. dieses duldet, ist unglaubwürdig.
 - Wer von Solidarität redet, aber um der eigenen Machterhaltung willen die eigenen Genoss(inn)en übers Ohr haut, ist unglaubwürdig. Die Koalition mit der "Bürgerschaft" scheiterte in letzter Minute, weil sich einige Ratsherren rücksichtslos über alle vorliegenden Beschlüsse von Fraktion und Partei hinwegsetzten.
 - Wer die offene Diskussion als Element der Demokratie bezeichnet, sich aber der Auseinandersetzung mit der eigenen Partei entzieht, ist unglaubwürdig. Auf einem Sonderparteitag der SPD am 20.12.1981 weigerte sich die Fraktions Spitze vier Stunden lang, auf Fragen zu ihrem Verhalten im Zusammenhang mit der Koalitionsbildung zu antworten.
 - Wer die "gewerkschaftliche Mitbestimmung im wirtschaftlichen und sozialen Leben" fordert, aber wie die SPD-Fraktion in Wilhelmshaven nahezu alle Gewerkschafter aus den Aufsichtsräten mit städtischer Beteiligung herausdrängt, ist unglaubwürdig.
 - Wer in seinem Programm das Interesse der Gesamtheit über das Einzelinteresse stellt, aber den Verdacht nicht widerlegen kann, bei der Vergabe bzw. Annahme politischer Ämter an den persönlichen Vorteil zu denken, ist unglaubwürdig.
 - Wer den Bürgern im Kommunalwahlkampf ein fortschrittliches Programm andient und dies hinterher zu einem Fetzen Papier macht, ist unglaubwürdig.
 - Wer von innerparteilicher Demokratie spricht, aber bei der Nominierung des SPD-Kandidaten Ulrich Iserloche zu Pression und Manipulation der Delegiertenzahlen greift, ist unglaubwürdig.
- Wer Tag für Tag menschlich und politisch sozialdemokratische Grundsätze mit Füßen tritt, hat das Recht verweigert, sich Sozialdemokrat nennen zu dürfen.
- Wir stehen heute vor dem Scherbenhaufen sozialdemokratischer Politik. Statt anzudenken, versuchen die alten Kräfte in der Wilhelmshavener SPD jetzt erfolgreich, durch rücksichtslos einseitige Auslegung der Parteistatuten einschlägige Parteitagsmehrheiten herbeizumanteln. Nicht die Erneuerung, sondern die Erhaltung verkrusteter Verhältnisse ist ihr Ziel.
- Wir haben lange genug in den verschiedensten Gremien der Partei gearbeitet, um zu wissen, daß es in absehbarer Zeit keine Aussichten auf die erfolgreiche Durchsetzung einer Politik des Demokratischen Sozialismus in der SPD geben wird

Fortsetzung S. 7 oben links

LESERBRIEFE

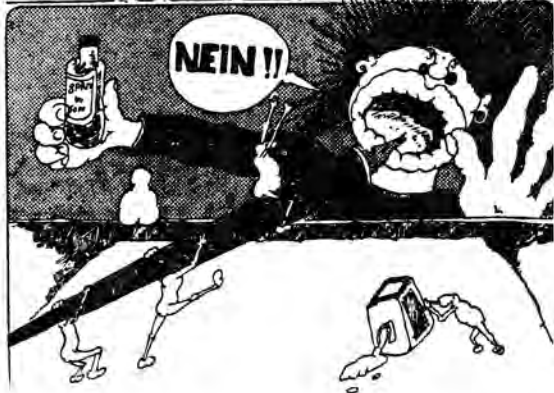
...unglaublich

Forts. v. S. 6

Das Godesberger Programm spielt in der praktischen Politik dieser Partei keine Rolle mehr. Solange Leute wie Helmut Schmidt, Hans Apel, und Herbert Ehrenberg im Bund sowie Ulrich Iserlohe, Gerhard Eickmeier und Eberhard Krell vor Ort das Gesicht der SPD bestimmen, ist es uns nicht möglich, in dieser Partei mitzuarbeiten. Solange diese und die sie stützenden Kräfte das Steuer in der Hand halten, werden immer mehr aktive Genoss(inn)en in die Passivität oder aus der Partei herausgedrängt.

Mit dem Austritt aus der SPD, der für uns eine schwerwiegende persönliche Entscheidung darstellt, verabschieden wir uns nicht aus dem politischen Geschehen unserer Stadt. Wir vollziehen diesen erzwungenen und notwendigen Schritt vielmehr, damit weiterhin eine Politik des Demokratischen Sozialismus in Wilhelmshaven vertreten wird. Wir werden dabei sorgfältig prüfen, ob nicht ein gemeinsamer Weg mit den Menschen um Manfred Cop-pik und Karl-Heinz Hansen sinnvoll ist.

Unterzeichnet haben die Erklärung: Rainer Weber, Günther Holzmann, Rolf Biermann, Marc-Tell Madl, Wilfried Becker, Antje Jürgensen, Gaby Groß, Frank Pelzer, Peter Junklewitz, Werner Dalichow, Inse Böhlke-Itzen, Atto Ide, Wolfgang Hiemann, Fuhlbohm, Christoph Seifert, Brigitte Koch, Wolfgang Kuschel, Heinz Müller, Ilona Schlensoq, Reinhold Heilmann, Anne Meyer, Traugott Böhlke, Hildegard Biermann, Renate Dalichow, Uschi Frank-Kuschel, Christine Nordmann, Hajo Stolze, Raimund Kaufmann, Friedel Koch, Marion Heiser, Ursula Högel, Hartmut Steinhauer, Uwe Taubenrauch. Zuvor waren ausgetreten: Rolf Schaper, Stefan Leinbrinck. Danach: Manfred Töpfense, Siegfried Steiner u.a.



Eigenwerbung?

Behr. Rotdorn Nr. 37
"Die Würde des Menschen."

Den Jungsozialisten in Wilhelmshaven, die für den Artikel zuständig sind, geht es dabei nicht um Problemlösungen, sondern um Eigenwerbung auf dem Rücken alter Leute und dem Rücken der Mitarbeiter in dem Altenpflegeheim. Ob dies der Würde des Menschen entspricht, mögen die Jungsozialisten selbst beurteilen.

Politisch notwendige Forderungen werden aus den angeblich gewonnenen Kenntnissen nicht abgeleitet.

Die Diskussion über Fragen der Heimkostenfinanzierung, wie unter anderem von der Arbeiterwohlfaht ini-

tiert, wird von den Jungsozialisten mit keinem Wort erwähnt. Wir meinen, daß das Lebensrisiko Pflegebedürftigkeit zukünftig versicherbar werden muß.

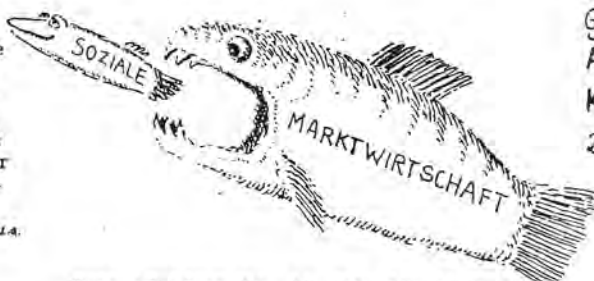
Die Arbeiterwohlfaht mit anderen, unter anderem der ÖTV, tritt seit Jahren dafür ein, daß in Altenwohnzentren im Interesse der Bewohner und Mitarbeiter vernünftige Personalanhaltszahlen, d. h. Personalschlüssel, entwickelt werden. Der derzeitige Personalschlüssel ist nur halb so gut, wie in einem Akutkrankenhaus und deshalb völlig unzureichend.

Die Diskussion aus dem Vermittlungsausschuß über die Kürzung der Sozialhilfe (u.a. das Taschengeld) war ein Antrag des Bundesrates. Auf die Kürzung der Sozialhilfe hat man sich verständigt, nachdem man die auch geforderten Karenztage der Nichtbezahlung von Lohnfortzahlung, die Streichung des BAPÖG in weiten Bereichen "wegdiskutiert" hatte. Diese Diskussion sollten die Jungsozialisten in ihrem Gesamtzusammenhang darstellen.

Das grundsätzliche Problem, daß durch hochgradige Arbeits- und Funktionsteilung immer mehr Aufgaben und Funktionen aus privaten Lebensräumen abgegeben werden an Institutionen, wird mit keinem Wort erwähnt.

Die Arbeitnehmer im Pauline-Ahlsdorff Heim werden pauschal diskreditiert. Dies ist, auch wenn die Jungsozialisten uns einzelne dringend abzustellende Vorkommnisse benennen, in hohem Maße unsolidarisch und uns nicht verständlich. (gekürzt)

Hartmut Haider
Geschäftsführer
Arbeiterwohlfaht Ber. Weser-Ems
Klingenbergstr. 73
2900 Oldenburg



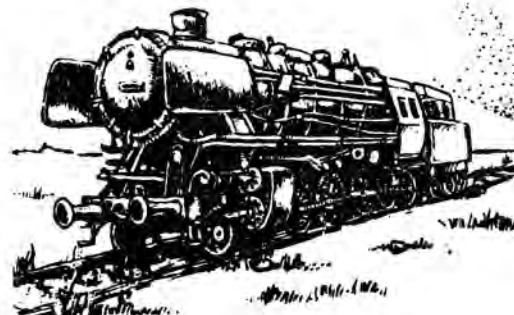
Betr.: Rotdorn Nr. 37. "Die Würde des Menschen."

Seit drei Jahren betreue ich als Hausarzt Patienten im Pauline-Ahlsdorff-Heim. Betrachtungen, wie ihr sie schildert, habe ich auch gemacht. Ganz überwiegend jedoch habe ich großes Engagement gerade auch der wenig ausgebildeten Kräfte dort beobachtet. So wie ihr die Enthüllungen gebracht habt, läuft es auf die Forderung nach "besserem" Personal hinaus. Ihr fragt gar nicht nach den Arbeitsbedingungen der dort Beschäftigten. Z.B.: Wißt ihr, daß eine 24-Betten-Station an Wochenenden nur von vier Schwestern und Pflege rinnen versorgt wird? Daß kein Ersatz da ist, wenn von denen jemand krank wird? Wenn nachmittags von den 17 Bettl ägerigen sieben in die Windeln machen, wißt ihr, wie lange es dauert, bis alle sieben wieder sauber sind? In der Vergangenheit gab es immer wieder Enthüllungen auch der schlimmsten Sorte über das PAH. Ge ändert hat sich wohl nur wenig. Mir scheint es notwendig zu sein, nach den Enthüllungen nun zu den eigentlichen Ursachen der Misere vorzustoßen. Ich wäre an einer solchen Arbeit sehr interessiert und möchte meine Mitarbeit hiermit anbieten.

Johann Janßen
Praktischer Arzt
Posener Str. 57



LAND'S END ab 21⁰⁰
Neckarstr.: 25





Rotdorn

Impressum:

Herausgegeben und verantwortlich im Sinn des Presserechts:
Gruppe Demokratische Sozialisten
c/o Hajo Stolze
Holtermannstr. 52
Wolfgang Kuschel
Kettenstr. 36

Auflage: 6000 Stück
Anzeigen: A. Jürgensen
Heidmühle
Feldhauserstr.

Druck: Wichmann
Konto des Rotdornbundesvereins
12 62 87 41 00 BfG WHV

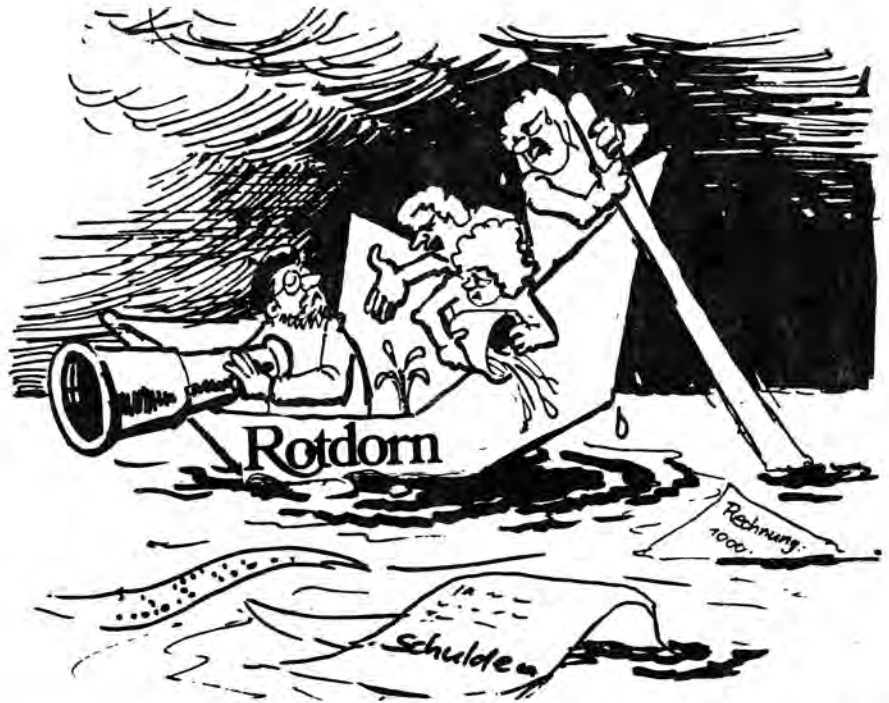
Krökel -

Entschliebung

Die Bürgerschaft stimmt der Entschliebung zu, um zu unterstreichen, daß es in der Ablehnung und Verabscheuung der Nazidiktatur einen Grundkonsens aller demokratischen Parteien gibt.

Die Entschliebung stellt jedoch nur den kleinsten gemeinsamen Nenner aller im Rat vertretenen Parteien dar. Wir stellen darüberhinaus fest:

Der konkrete Anlaß dieser Entschliebung zum jetzigen Zeitpunkt war die Weigerung des Geschäftsführers des Nordd. Eisenbaus Friedrich Baumgärtel ein verschwundenes Bild von Wilhelm Krökel wieder aufhängen zu lassen, verbunden mit Äußerungen, welche die schändlichen Verbrechen der faschistischen Gewalt Herrschaft verharmlosen und das Ansehen Wilhelm Krökels und damit aller anderen Naziopfer herabsetzen.



Offensichtlich sind noch heute Spitzenpositionen mit Leuten besetzt, die noch immer nicht begriffen haben, welche Schande die Naziverbrechen auf unser Volk gebracht haben. Sie werden noch heute geschützt und gedeckt, so daß die Amtsenthebungsforderung der IG.-Metall mit dem Argument der

Gefährdung von Arbeitsplätzen durch evtl. verlorengelungene Aufträge abgewehrt werden kann. Obwohl laut WZ der Streit im Norddeutschen Eisenbau beigelegt ist, muß festgestellt werden, daß eine Rücknahme und Entschuldigung der Äußerungen Friedrich Baumgärtels bisher nicht erfolgte.

Verständnis

Eine Frage, die uns im Zusammenhang mit unserem Austritt aus der SPD besonders Interessierte, war das Meinungsbild innerhalb der Gewerkschaften auf diesen Schritt. Abgesehen davon, daß bei einigen Funktionären, die auch der SPD angehören, eine gewisse innere Befriedigung nicht zu übersehen bzw. zu überhören war, konnten wir vor allem bei der Gewerkschaftsjugend eine breite Solidarität feststellen. Im Großen und Ganzen fanden wir unsere Argumentation in Bezug auf den Austritt bestätigt. Viele der Kolleginnen und Kollegen gehören selbst den Jusos an und überlegen, ob sie diesen Schritt nicht ebenfalls tun sollen. Andere haben es bereits vor einiger Zeit getan. Bei älteren Gewerkschaftern war zwar ebenfalls großes Verständnis für unseren Austritt zu erfahren, ("die verarschen uns doch in Wirklichkeit nur!", "...auch nicht besser als die CDU.") aber hier schwang auch durchaus spürbar Bedauern darüber mit, daß die Linke innerhalb der SPD, falls sich dieser Trend auf Bundesebene fortsetzt, deutlich geschwächt und die politische Rechte gestärkt würde. Erfreulich für uns ist die Erkenntnis, daß wir in unserer künftigen Arbeit mit erheblicher Unterstützung breiter Gewerkschaftskreise, vor allem der Gewerkschaftsjugend, rechnen können. Denn auch die Gewerkschaft hat vor allem momentan mit großen Schwierigkeiten innerhalb der eigenen Organisation zu kämpfen. Auch hier reißen Skandale um Einrichtungen und Personen (Neue Heimat, Ämterverkrustung) kaum ab. Daraus läßt sich für uns die Hoffnung ableiten, gemeinsam mit fortschrittlichen Gewerkschaftern und anderen für notwendige Veränderungen zu arbeiten.

los zu widerrufen... ausschneiden und abschicken... rettet

Hinein in den Förderkreis!

BEITRITTSERKLÄRUNG UND EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Ich trete hiermit dem Rotdorn-Förderkreis bei.

Name: _____

Vorname: _____

Geburtsdatum: _____

Straße: _____

Wohnort: _____

Telefon-Nr.: _____

Ich erkläre mich hiermit einverstanden, daß der Rotdorn-Förderkreis

monatlich _____ DM von meinem Kto., Nr. _____

bei der _____ in _____

Bankleitzahl _____ abbucht

und dem Konto 12 62 87 41 00 bei der BfG WHV unter dem Stichwort "Rotdorn-Förderkreis" zuführt.

Wilhelmshaven, den _____

(Unterschrift)

Einsenden an: W. Kuschel, Kettenstr. 36, WHV

den rot dorn -.-förderkreismitglieder erhalten den rot dorn

monatlich zugesickt... spendet 5, 10 oder 20 mark monatlich...